

Europapolitischen Strategiedialog neu angestoßen

International Bertelsmann Forum (IBF) in Berlin

Mehr als dreißig Staats- und Regierungschefs, Parlamentspräsidenten und Minister aus Europa, den USA und Israel folgten Anfang Januar der Einladung der Bertelsmann Stiftung zum International Bertelsmann Forum (IBF) nach Berlin. Im Welsaal des Auswärtigen Amtes diskutierten sie unter Leitung von Professor Werner Weidenfeld, C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung, gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft, internationalen Organisationen sowie deutschen und internationalen Leitmedien die politischen Gestaltungsoptionen für das große Europa. Es war das erste Treffen seit dem



Ohne baldige Einigung auf eine gemeinsame Verfassung wird es kein handlungsfähiges Europa geben: Außenminister Joschka Fischer und Professor Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung beim IBF.

gescheiterten Brüsseler EU-Verfassungsgipfel im Dezember. Bestimmt wurde der Zukunftsdialog durch ein Papier zu den strategischen Entwicklungsalternativen der EU, das das C·A·P gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung für das Spitzentreffen vorbereitet hatte. Die Analyse der notwendigen Reformschritte für ein intern und extern handlungsfähiges Europa, das schon bald 30 und mehr Mitgliedstaaten umfassen könnte, stieß durchgehend auf positive Resonanz. In ihren Eröffnungs-Statements teilten der deutsche Außenminister Joschka Fischer und der amtierende EU-Ratspräsident, der irische Premierminister Bertie Ahern, die Einschätzung, dass das Ziel eines handlungsfähigen Europas ohne schnelle Einigung auf eine gemeinsame Verfassung ernsthaft gefährdet sei. Wie Fischer betonte, müsse sich deshalb in der Verfassungsdebatte vor allem die Einsicht durchsetzen, dass sich auch nationale Interessen in der Welt des 21. Jahrhunderts nur europäisch verwirklichen ließen. Ahern sagte, es sei ein wichtiges Ziel seiner Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2004, das Zustandekommen eines

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C·A·Prolog

Der Schock von Brüssel 2

C·A·Programm

Projekt Gemeinsinn auf der Zielgeraden 4

Erfahrungsaustausch über Systemwandel 5

Kursbestimmung der deutschen Europapolitik 6

Gewagtes Spiel – Europa im Jahr der Entscheidung 8

Akademie Führung und Kompetenz 10

Berliner Reflexionsrunde zur Lage Europas 10

Demokratisierung der arabischen Welt 11

Europas Anziehungskraft auf den Nahen Osten 11

Deutsch-tschechische Gemeinsamkeiten 12

C·A·Personalia

Gäste und Gespräche am C·A·P 13

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14+15

C·A·Postskriptum

Uneuropäische Europawahlen 16

C·A·Planung 16

Nach dem Schock von Brüssel

Das Ergebnis des Brüsseler Europa-Gipfels kam einem politischen Schlaganfall gleich. Da wurde „Tacheles“ gesprochen, und die Union ging in die Knie. Hier geht es um nichts anderes als die künftige Verteilung politischer Macht. Schnell kam die Frage auf, ob das Scheitern des Versuchs, Europa über eine Verfassung zu konstituieren, zu einer dauerhaften Lähmung der europäischen Integration führen werde. Kommt es nun zu einem Kerneuropa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, so die bange Frage, in der einige wenige Staaten ihre Integration energisch weiter voran treiben und andere außen vor lassen? Wie kann nach der Erweiterung in Zukunft über die Gestaltung Europas noch wirkungsvoll entschieden werden, wenn neue Blockademöglichkeiten an der Tagesordnung sind und ein „Nein“ zur attraktiveren Handlungsoption für eine vermehrte Zahl von politischen Akteuren wird? Wird die Türkei in nicht allzu ferner Zeit Mitglied der Union und sendet Europa damit das Signal aus, dass ein anderer Kulturraum wirkungsvoll in den europäischen Staatenverbund mit eingebunden werden kann? Solche existenziellen Fragen bewegen derzeit das europäische Gemüt. Und die Uhr tickt: Am 1. Mai wird sich die EU in historisch einmaliger Weise vergrößern, und nichts geringeres als ihre Handlungsfähigkeit und ihre Finanzierung stehen auf dem Spiel.

Doch mit einem Scheitern tun sich immer auch neue Chancen und Perspektiven auf. In der Vergangenheit hat Europa im Nachgang zum Versagen immer wieder Großes produziert. Unterschiedliche Bemühungen und Geschwindigkeiten bei der Integration müssen nicht zwangsläufig zur Fragmentierung oder Impotenz führen. So nehmen grundsätzliche Vorbehalte gegen Formen differenzierter Integrationsschritte kontinuierlich ab, um einen Stillstand in wichtigen Politikbereichen der Union zu vermeiden. Dies hat sich in eindrucksvoller Weise auf dem diesjährigen International Bertelsmann Forum (IBF) gezeigt, das im Januar erneut Spitzenpolitiker aus mehr als 20 Ländern zusammenführte. Nach dem Schock von Brüssel dominierte hier ein konstruktiver Geist, der auf einer Kultur des strategischen Dialogs beruhte. Und genau dies wird Europa in Zukunft brauchen: Eine demokratisch legitimierte und strategisch klug ausgerichtete Debatte über die Zukunft des alten Kontinents. Ereignisse wie das International Bertelsmann Forum eröffnen dazu den Raum zum unaufgeregten und vertraulichen Gespräch. Dem Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) ist die Mitarbeit an der Konzeption solcher Foren zusammen mit der Bertelsmann Stiftung besonders wichtig. Wir machen deshalb das erste C•A•P-Anorama 2004 selbstverständlich mit diesem Highlight auf.

Auch anderes liegt uns in Zukunft am Herzen. In unserer hochkomplexen Welt stellen sich neue Probleme, die gerade von Führungskräften in neuartiger Weise anzupacken und zu lösen sind. Interkulturelle und soziale Kompetenz, Konfliktbeherrschung und Kommunikationsfähigkeit, Führung und Teamarbeit – all diese Qualifikationen werden immer wichtiger. Das C•A•P hat deshalb Anfang des Jahres die „Akademie Führung & Kompetenz“ als eigenständigen Kompetenzbereich gegründet. Dies ist künftig der Ort, an dem wichtige Fähigkeiten für ein neues Miteinander vermittelt werden. Das C•A•P baut damit seine Aktivitäten in der Bildungsarbeit aus, die in der Vergangenheit mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung und im Rahmen der politischen Bildungsarbeit der Forschungsgruppe Jugend und Europa gegenwärtig schon stark ausgeprägt sind. Das C•A•P packt hier Neues an. Seien wir gespannt auf das, was hier im Laufe des Jahres entsteht!



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C•A•P

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

Verfassungskompromisses kraftvoll voranzutreiben. Atmosphärisch besonders beeindruckend war, wie sehr sich die Qualität der Debatte im großen Europa bereits verändert hat: Waren es früher die Gründungsmitglieder der Europäischen Union, die Reformanstrengungen von den Beitrittskandidaten forderten, so sind es heute die neuen und zukünftigen Mitglieder, die Systemreformen der EU anmahnen. Deutlich wurde dies an dem neuen Selbstbewusstsein, das vor allem in den Redebeiträgen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan und des rumänischen Regierungschefs Adrian Nastase zum Ausdruck kam. Auch die grundsätzlichen Vorbehalte gegen Formen der differenzierten Integration nehmen ab. Zwar wird noch immer vor der Gefahr einer Spaltung des



Kontinents gewahrt, die von einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ausgehen könnte. Dennoch zeigte sich in vielen Redebeiträgen die wachsende Bereitschaft, gemeinsam an Differenzierungskonzepten zu arbeiten, um in einer EU mit 25 und mehr Mitgliedern Lähmung und Stillstand auf Gebieten wie der Innen- und Justizpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik zu vermeiden.

Das IBF hat gezeigt, dass die aktuelle Europapolitik es sich nicht länger leisten kann, rein reaktiv auf die veränderte weltpolitische Lage und auf die Ansprüche kommender Mitglieder und Nachbarn einzugehen. Vielmehr muss sich in der Union eine Kultur des strategischen Denkens entwickeln. In ihrem Zentrum muss die Fähigkeit stehen, die Prozesse von Integration und Erweiterung zielorientiert miteinander zu verknüpfen und die internationale Rolle Europas, das längst zu einem magnetischen Kraftfeld für eine sehr große Weltregion geworden ist, klar zu definieren. Wie Professor Weidenfeld abschließend hervorhob, hat sich das IBF inzwischen als Raum etabliert, der wesentlich zur Herausbildung einer solchen Kultur des strategischen Denkens beiträgt. Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2004/2004_01_ibf.htm.

Das IBF als Raum für strategisches Denken: Der britische Verleger George Lord Weidenfeld, Liz Mohn, Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung, der irische Premierminister und EU-Ratspräsident Bertie Ahern, C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung, und der deutsche Außenminister Joschka Fischer (v.l.n.r.).



Diskutierten die notwendigen Systemreformen der Europäischen Union: der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und Henry Kissinger, ehemaliger amerikanischer Außenminister (v.l.n.r.).

„Gemeinsinn“ auf Zielgeraden

Im Sommer 2000 ging das Projekt „Erziehung zu Gemeinsinn und Gemeinschaftsfähigkeit“ ins Rennen. Zielvorgabe: Methoden entwickeln, mit denen Gemeinschaftsfähigkeit und freiwilliges Engagement in unserer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft nachhaltig gefördert werden können. In wenigen Monaten wird das von der Bertelsmann Stiftung initiierte Projekt seine Arbeit vollendet haben – und dennoch nicht verharren: Die Ergebnisse werden weiterentwickelt, da sie frei zugänglich sind als „Open Source“, ähnlich dem Computerbetriebssystem Linux.

Die Projektarbeit begann einst mit einer internationalen Recherche zu innovativen Methoden der Gemeinsinnförderung. Bundesweit wurden Kontakte zu Experten geknüpft, Modelle getestet und im vorletzten Jahr eine partizipative Austauschplattform im Internet aufgebaut. Parallel



Engagement für Gemeinsinn: Arbeitsgruppe auf dem Realisierungsforum zur Gemeinsinn-Werkstatt an der evangelischen Akademie Bad Boll.

wurde das Grundlagenkonzept „Gemeinsinn – Gemeinschaftsfähigkeit in moderner Gesellschaft“ veröffentlicht und an der Adaption einer Moderationsmethode – der „Technology of Participation“ (ToP) – sowie der Entwicklung eines eigenen Projektverfahrens, der Gemeinsinn-Werkstatt, gearbeitet. Das Besondere am neuen Projekt-Verfahren Gemeinsinn-Werkstatt ist, dass für international bewährte Großgruppenverfahren wie „Open Space“ und „Appreciative Inquiry“ ein motivationsfördernder Beteiligungsrahmen geschaffen wird. Das bedeutet: Die Teilnehmer, die sich in einem gemeinnützigen Projekt engagieren, organisieren sich bei ihrer Arbeit selbst ohne Vorgaben von Außen. Sie orientieren sich an ihren Interessen und verhandeln

untereinander ohne Hierarchien, auf gleicher Augenhöhe. Viele Informationen dazu sind bereits auf den Projekt-Webseiten dargestellt, weitere folgen auch in Form eines Handbuchs.

Die durchgeführten fünf Modellwerkstätten – etwa an der Universität Augsburg oder in einem Multiplikatoren-Netzwerk in Frankfurt an der Oder – zeigten bereits das große Potenzial der Gemeinsinn-Werkstatt. In Augsburg setzten sich alle Gruppen der Universität wie Studenten, Professoren, Mittelbau und Verwaltung, an einen Tisch, um ein neues Hochschul-Profil zu bilden und neue Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu setzen. In Frankfurt vernetzten sich verschiedene toleranzfördernde Initiativen miteinander, um künftig enger zusammenzuarbeiten. Im letzten Jahr wurde dann mit Fachleuten aus Moderation, Beratung und Projektmanagement das Grundlagen-Modell den ersten Evaluationsergebnissen entsprechend differenziert und anschaulich gemacht. Auch nach der Veröffentlichung aller Ergebnisse und dem offiziellen Projektende im Sommer wird die Gemeinsinn-Werkstatt als „Open Source“-Instrument frei zugänglich sein und jedem zur Nutzung und Weiterentwicklung offen stehen. Dies gewährleistet eine langfristig entwickelte Internet-Plattform, in die insbesondere Begleiter und Organisatoren von Gemeinsinn-Werkstätten eigene Beispiele und Verfahrensbausteine einbringen und kommentieren können. Zur Koordination, Fortbildung und Qualitätssicherung dieses Verfahrens steht in Zukunft auch die neu gegründete „Akademie Führung & Kompetenz“ zur Verfügung.

Die „Technology of Participation“, ein aus den USA kommendes Workshop-Verfahren zur Jugendbeteiligung, wurde ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und einer deutschlandweiten Multiplikatorengruppe erfolgreich eingeführt. ToP wird nun auch in Deutschland immer häufiger bei Workshops angewandt. Weitere Informationen unter www.projekt-gemeinsinn.net.

Internationaler Erfahrungsaustausch über Systemwandel

Rund um den Globus wandeln Staaten ihre politischen und ökonomischen Systeme mit dem Ziel um, sich zu stabilen marktwirtschaftlichen Demokratien zu entwickeln. Weil von den Erfahrungen, die jedes einzelne Land dabei macht, die Staaten in vergleichbaren Situationen nur lernen können, luden C·A·P, Bertelsmann Stiftung und die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) vergangenen Dezember erstmals zur einwöchigen Konferenz „Transformation Thinkers“ nach Berlin. Zweck des Treffens: Junge Entscheidungsträger aus Entwicklungs- und Transformationsländern sollten sich über ihre spezifischen Erfahrungen mit dem Wandel ihrer Länder austauschen und Strategien beraten, wie der Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft am erfolgreichsten zu beschreiten ist. Das Spektrum der Nationen, aus denen die engagierten Transformationsakteure anreisten, reichte um den gesamten Globus, von Vietnam über Iran, Mosambik, Weißrussland bis nach Argentinien.

Ein Höhepunkt war die Präsentation und Diskussion des Bertelsmann Transformation Index. Die Ergebnisse des weltweiten Rankings von Entwicklungs- und Transformationsstaaten, das demnächst erscheint, wurden kurz vor ihrer endgültigen Fertigstellung erstmals öffentlich vorgestellt. Das Ranking erfasst das Transformationsmanagement von 116 Staaten und misst Fortschritte in Entwicklungs- und Transformationsprozessen. Ausführliche Analysen machen Herausforderungen sowie Stärken und Schwächen in den untersuchten Staaten deutlich.

Immer wieder wurde von den Teilnehmern die Fähigkeit zum Perspektivwechsel gefordert – etwa bei einer Podiumsdiskussion mit Journalisten über die Wahrnehmung von Transformationsprozessen durch deutsche Medien. Dabei wurde deutlich, dass es wenige Journalisten sind, die die öffentliche Wahrnehmung von einzelnen Transformationsländern prägen – und dass diese Bilder nicht selten vorurteilsverzerrt sind. Deswegen ist Expertenwissen für diese Journalisten unabdingbar, ebenso wie verstärkte Hintergrundberichterstattung, da Transformationsprozesse langwierig sind und einen geringen Nachrichtenwert haben.

Die Konferenz zeigte, dass Transformation hierzulande meist nur anlassbezogen und im Fokus des Interesses des deutschen Publikums transportiert wird. Die Vertreter der Transformationsländer legten großen Wert auf eine faire mediale Darstellung. Die vorherrschende Konzentration auf die Defizite im Vergleich zu hoch entwickelten Staaten versperre die Wahrnehmung der politischen, wirtschaftlich und gesellschaftlich enormen Leistungen, die die Staaten zurückzulegen haben.

Der Erfahrungsaustausch erwies sich als gewinnbringend für die Teilnehmer: „Ich bin sehr stolz, zur ersten Generation der ‚Transformation Thinkers‘ zu gehören“, sagte Eugenio Ravinet, Direktor des chilenischen Jugendministeriums. Das Treffen fand im Rahmen des Projekts „Den Wandel gestalten – Strategien der Entwicklung und Transformation“ und in Zusammenarbeit mit der GTZ statt. Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/transformation/index.htm.



Trafen sich in Berlin zum Erfahrungsaustausch: Experten und Entscheidungsträger aus Transformationsländern, die ihre Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft führen wollen.

Kursbestimmung der deutschen Europapolitik

Mit einem Scheitern der Regierungskonferenz hat kaum jemand gerechnet, als das Bundeskanzleramt und die Bertelsmann Stiftung auf einer Spitzenkonferenz Ende des vergangenen Oktobers über den Kurs der deutschen Europapolitik berieten. An dem Treffen nahmen neben



Diskutierten beim Kanzlerdialog über die deutsche Europapolitik: Bundeskanzler Gerhard Schröder, C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, ...

Bundeskanzler Gerhard Schröder auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, Außenminister Joschka Fischer, Innenminister Otto Schily, Finanzminister Hans Eichel, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen teil. Der Leiter der Gesprächsrunde, C·A·P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann-Stiftung Professor Werner Weidenfeld, unterstrich, es sei nun höchste Zeit, eine Positionsbestimmung der deutschen Europapolitik für die laufende Regierungskonferenz zur EU-Verfassung vorzunehmen.

Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P brachte ihre strategischen

Reformüberlegungen in Form eines Positionspapiers in das Spitzengespräch ein, das sie gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung als Diskussionsgrundlage vorbereitet hatte. Darin wurde davor gewarnt, den vom Europäischen Konvent vorgelegten Verfassungsentwurf komplett neu aufzuschnüren. Trotz strittiger Punkte in der innenpolitischen Debatte bilde der Verfassungsentwurf eine solide Ausgangsbasis für Europas künftige Handlungsfähigkeit und liege deshalb im deutschen Interesse, so das Papier. Insbesondere die Ernennung eines Präsidenten des Europäischen Rats sowie eines europäischen Außenministers würden die politische Führung in der erweiterten Union deutlich verbessern. Die Personalisierung europäischer Politik ermögliche eine transparentere Zurechenbarkeit von Verantwortung auf EU-Ebene. Auch die vereinfachten Abstimmungsregeln, die der Konvent für die Arbeit des Ministerrats vorgeschlagen hat, erhöhten die Entscheidungsfähigkeit des großen Europa.

Da zum Zeitpunkt des Kanzlerdialogs jedoch die unveränderte Annahme des Konventsentwurfs kein realistisches Ziel mehr war, plädierten die Politikberater des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung für chirurgische Eingriffe an neuralgischen Punkten. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten schien sich nur so sicherstellen zu lassen, dass das schlüssige Gesamtkonzept des Konventsentwurfs in seiner Substanz nicht in Frage gestellt würde. Um eine komplette Neuverhandlung zu verhindern, schlugen C·A·P und Bertelsmann Stiftung eine gemeinsame Initiative der sechs EU-Gründerstaaten – Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Länder – für einen erfolgreichen Abschluss der Regierungskonferenz vor.

Die Regierungsverhandlungen zwischen den 15 derzeitigen und zehn künftigen Mitgliedstaaten, die von Anfang Oktober bis Mitte Dezember dauerten, scheiterten jedoch. Nun soll unter der jetzigen irischen, spätestens aber im zweiten Halbjahr unter niederländischer Ratspräsidentschaft eine Einigung erzielt werden. Weitere Informationen über den Kanzlerdialog und die Verhandlungen zur Europäischen Verfassung unter www.cap.uni-muenchen.de.



... der EU-Kommissar für Erweiterung, Günter Verheugen ...



... und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber.

Regionale Vielfalt ohne Konflikte

Im Zentrum zahlreicher politischer Konflikte steht oft der unrespektierte Wunsch von Bevölkerungsgruppen nach Autonomie. Von ethno-nationalen Gruppen getragene Bewegungen weisen dabei das größte Konfliktpotenzial auf. Multinationale Staaten müssen darauf reagieren, indem sie nachhaltige Verfassungsstrukturen und Institutionen etablieren, die von allen akzeptiert werden und friedliche Konfliktlösungen erlauben.

Das Projekt „Eigenverantwortung und Autonomie der Regionen“ der Bertelsmann Stiftung und des C·A·P hat vor diesem Hintergrund das Konzept der regionalen Autonomie für Gesellschaften ausgelotet, die ausgeprägte regionale oder ethnische Identitäten aufweisen. Hierzu wurde in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme unterschiedlicher verfassungspolitischer Konzepte vorgenommen, die regionale und kulturelle Vielfalt innerhalb eines Staates stärken sollen. In einem zweiten Schritt wurden Optionen für eine effiziente Umsetzung erarbeitet. Die Gutachten zu den Regionalisierungsprozessen, z.B. in Mittel- und Osteuropa und ein Ergebnisbericht sind im Internet abrufbar unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/themen/region/index.htm.

Geschichten zur Zukunft Europas

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Renate Schmidt führt das C·A·P einen internetgestützten Geschichtenwettbewerb zur Zukunft Europas durch. Der Wettbewerb „Ein Tag im Leben – Szenarien zu Europa 2015“ lädt Jugendliche zu einer persönlichen und kreativen Auseinandersetzung mit den Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaften im zusammenwachsenden Europa ein. Sie erhalten Möglichkeiten zum Dialog mit Europapolitikern sowie eine Plattform um ihren Erwartungen auf originelle Weise Aufmerksamkeit zu verleihen.

Im Zentrum des Wettbewerbs steht der Entwurf von Szenarien zur Zukunft Europas. Perspektiven der Europäischen Integration sollen dadurch mit gesellschaftlichen Entwicklungen und persönlichen Lebensentwürfen verknüpft werden. Dabei geht es weniger um eine wissenschaftliche Analyse oder die Erarbeitung von abgesicherten Trends, sondern um die Reflektion unterschiedlicher möglicher „Zukünfte“ Europas in Form von Geschichten.

Im Internetportal des Wettbewerbs finden sich unter anderem eine ausführliche Anleitung für die Erarbeitung von Szenarien, jugendgerecht aufbereitete Hintergrundinformationen und Erzählungen zu 15 gesellschaftspolitischen Themenschwerpunkten in einer europäischen Perspektive. Hinzu kommen Länderinformationen zu 28 europäischen Staaten sowie Leitfragen und kommentierte weiterführende Internet-Links für die eigene Recherche.

Zur Einführung können teilnehmende Schulklassen und Jugendgruppen vor Ort durch Mitarbeiter des Juniorteam Europa geschult werden. Abgeordnete des Europäischen Parlaments werden bei diesen Gelegenheiten mit den Jugendlichen über ihre Arbeiten diskutieren.

Teilnehmen können Schulklassen ab der neunten Jahrgangsstufe. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 23. April 2004. Alle Beiträge werden in einem virtuellen Storybook „Europa 2015“ im Internet veröffentlicht. Die besten Beiträge werden auf einer Abschlussveranstaltung in Berlin prämiert.

Weitere Informationen zum Wettbewerb und zur Anmeldung finden sich auf der Internet-Plattform der Forschungsgruppe Jugend und Europa www.szenarien.fgje.de.



Die Schirmherrin des Geschichtenwettbewerbs „Ein Tag im Leben - Szenarien zu Europa 2015“, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Renate Schmidt. Foto: BMFSFJ.

Gewagtes Spiel – Europa im Jahr der Entscheidung

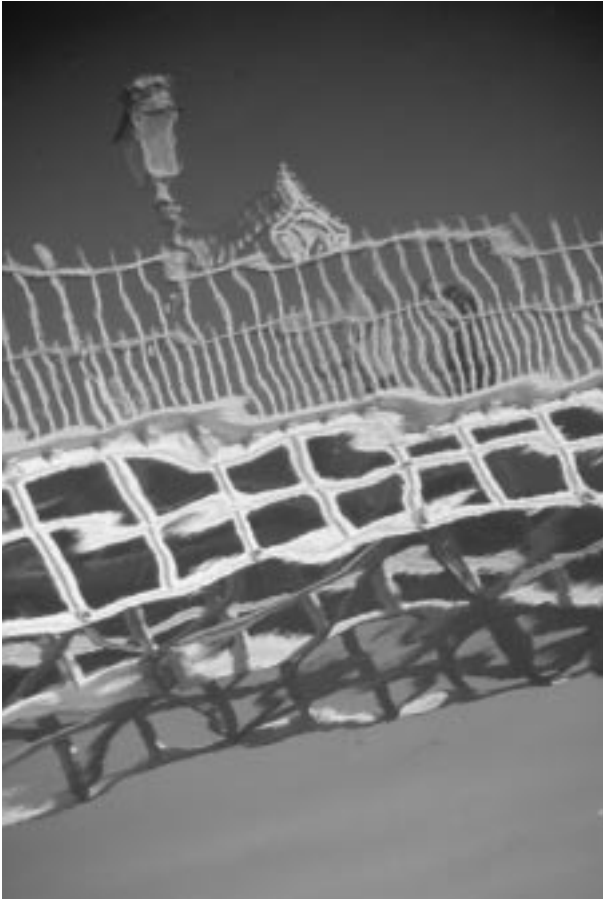
von Janis Emmanouilidis und Dr. Claus Giering

Das große Europa muss vorerst ohne Verfassung auskommen. Die Regierungskonferenz konnte sich nicht auf den vom Europäischen Konvent vorgelegten Verfassungsentwurf einigen. Die Formel, wonach keine Verständigung über die neue EU-Verfassung immer noch besser sei als ein schlechter Kompromiss, hat die Staats- und Regierungschefs in die Sackgasse geführt – der zentrale Streitpunkt war so nicht zu lösen. Bei der Frage der künftigen Machtverteilung zwischen den Mitgliedstaaten beharren Deutschland und Frankreich auf einem neuen Abstimmungsverfahren, das neben der Anzahl der Staaten auch deren Bevölkerungsgröße stärker Rechnung trägt. Spanien und Polen hingegen bestehen auf der für sie günstigeren Stimmengewichtung, wie sie im Vertrag von Nizza festgeschrieben ist.

Rien ne va plus – ein gewagtes Spiel. Denn der Einsatz ist für alle Beteiligten hoch. Aus dem vorläufigen Scheitern ergeben sich eine Reihe gravierender Konsequenzen: Der Vertrag von Nizza bleibt nun auf unbestimmte Zeit das rechtliche Fundament Europas. Zentrale Errungenschaften des Verfassungsentwurfs werden nicht umgesetzt: keine rechtsverbindliche Grundrechtscharta, keine Vereinfachung der Entscheidungsverfahren, keine Stärkung des Europäischen Parlaments, kein Bürgerbegehren, kein europäischer Außenminister, keine neue Kompetenzordnung. Im Ergebnis werden Demokratie, Handlungsfähigkeit und Transparenz nicht gestärkt. Und die Europäische Union der 25 und bald mehr Mitglieder verliert kostbare Zeit, die sie zur Bewältigung der internen und externen Herausforderungen dringend benötigt.

Wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene müssen nach dem Scheitern des Brüsseler Gipfels in einem Klima des Misstrauens getroffen werden. Mit Argusaugen wird darüber gewacht werden, welche Koalitionen sich bilden, wer fordert und wer blockiert und wie der Beschluss unter den Bedingungen des neuen Abstimmungsverfahrens der doppelten Mehrheit ausgefallen wäre. Dies gilt vor allem für die künftige Ausgestaltung und Auslegung des Stabilitätspakts sowie für alle Politikbereiche, in denen deutsche Interessen besonders betroffen sind.

Die Finanzfrage – und damit die Solidarität zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedstaaten – wird mit erheblicher Schärfe gestellt und beantwortet werden. Der Brief der sechs Nettozahler, der direkt im Anschluss an den Brüsseler Krisengipfel veröffentlicht wurde, war ein unübersehbares Signal, dass mit harten Bandagen gekämpft wird. Wer zahlt, schafft an, so lautet die Botschaft. Angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte in vielen dieser Länder ist das nicht nur ein politisches Druckmittel, sondern ein schwerwiegendes Argument. Darüber hinaus wird die Option eines Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zur realen Perspektive. Nachdem die Instrumente des Verfassungsentwurfs nicht zur Verfügung stehen, werden sich Pioniergruppen außerhalb der Europäischen Union organisieren – ohne gemeinsam festgesetzte Regeln und ohne Einbindung der EU-



Noch ist unklar, ob sich die Staats- und Regierungschefs unter irischer Ratspräsidentschaft auf eine gemeinsame Position einigen werden: Die Dubliner Ha'penny Bridge spiegelt sich im Liffey River.

Foto: Tourism Ireland, v. d. Beukel

Institutionen. Vor allem im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind schon in Kürze Initiativen aus den Reihen der Gründerstaaten zu erwarten, die damit nicht nur Handlungsfähigkeit gewinnen, sondern auch den Druck auf die Nizza-Verfechter erhöhen wollen.

Ist eine Einigung auf die Verfassung als erstes Großprojekt der EU-25 nicht in Sicht, rückt die Erweiterung in ein neues Licht. Damit wird den Neumitgliedern eine schwere Hypothek auferlegt und den europapolitischen Skeptikern und Demagogen die Chance geboten, das Erweiterungsprojekt erneut zu torpedieren – eine unheilvolle Situation angesichts der Tatsache, dass der Beitrittsvertrag noch nicht in allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert worden ist. Eine langfristige Vertagung der Verfassung wäre ein herber Schlag für die öffentliche Akzeptanz der europäischen Integration. Schon bei der Europawahl im Juni 2004 werden die Bürger, die sich noch für Europa interessieren, fragen, warum über Jahre erfolglos am Projekt Verfassung gearbeitet wurde. Für das übrige Wahlvolk gibt es gegenüber den letzten Wahlen keinen überzeugenden neuen Grund, überhaupt an die Urnen zu gehen.

Sollte die Verfassung nicht angenommen werden, ist das Ende der Konventsmethode programmiert. Künftige Reformen werden dann wie früher ausschließlich im Kreis der Regierungen und Diplomaten hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, damit die Machtarchitektur nicht gegen den erklärten Widerstand einzelner Mitgliedstaaten verändert werden kann. Nationale und europäische Parlamentarier sowie die interessierte Öffentlichkeit bleiben außen vor.

Angesichts dieser Konsequenzen braucht Europa eine zügige Einigung auf ein neues konstitutionelles Fundament. Mit jedem Monat, der verrinnt, wird die Annahme der Verfassung unwahrscheinlicher. Denn in der Politik ist Papier keineswegs geduldig. Der Verfassungsprozess wird schon rasch an politischem Momentum verlieren und der Konventsentwurf als weitere Blaupause ins Archiv der Integrationsgeschichte eingestellt werden. Wer aber wird sich für die Verfassung einsetzen? Deutschland, Frankreich und Polen zeigen keine Bereitschaft, sich in der zentralen Machtfrage zu bewegen. Aus den Reihen der übrigen EU-15 kam bisher keine druckvolle Einigungsinitiative, und die neuen Mitgliedstaaten sind mit der Bewältigung ihres EU-Beitritts mehr als ausgelastet. Die derzeitige irische Ratspräsidentschaft steht noch immer unter dem Eindruck des verlorenen ersten Referendums zum Vertrag von Nizza und wird sich daher eher auf ein vorsichtiges Ausloten der Stimmungslage beschränken. Und die Europäische Kommission und das Europaparlament haben nicht das notwendige politische Gewicht. Sie werden außerdem dieses Jahr neu gewählt. Die treibende Kraft ist also nicht in Sicht – Europa fehlt es an politischer Führung. Diese könnten am wirkungsvollsten Deutschland und Frankreich übernehmen, die aber noch keine Kompromisslinie aufgezeigt haben. Doch allen Beteiligten muss klar sein: Wer zu hoch pokert, kann alles verlieren.

Die Autoren arbeiten in der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C•A•P.



Neue Ratspräsidentschaft – neue Hoffnung für eine Verfassung? Mit dem Flaggenhissen vor dem Dubliner Schloss am 1. Januar lösten die Iren ein glückloses Italien vom EU-Vorsitz ab. Spätestens im zweiten Halbjahr 2004 – dann unter niederländischem Vorsitz – soll die Verfassung vollendet werden.
Foto: Irische Ratspräsidentschaft

Akademie Führung & Kompetenz

Zu Beginn des Jahres wurde mit der „Akademie Führung und Kompetenz“ am C•A•P ein neuer Arbeitsbereich gegründet. Mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung und in Anlehnung an die bisherige Philosophie der Projekte Demokratie, Toleranz und Gemeinsinn erfüllt die Akademie weiterhin den Anspruch der praxisrelevanten Umsetzung von wissenschaftlicher Recherche für schulische und außerschulische Bildungsanbieter sowie künftig insbesondere für die betriebliche Aus- und Weiterbildung.



Die Faber Villa, Sitz des C•A•P und damit nun auch der „Akademie Führung & Kompetenz“.

Der Fokus des Angebots richtet sich auf drei Themenfelder: Im Segment „Seminare und Prozessbegleitung“ werden neben Trainingseinheiten und Beratungen in den Bereichen Führung, Sozialkompetenz, Diversity, Teambuilding und Konfliktmanagement auch Konzepte für interkulturelles Verstehen und Großgruppenverfahren angeboten. Die Trainingseinheiten versetzen einzelne Menschen wie auch Teams in die Lage, Konflikte als wertvolle Lernmomente für die persönliche Entwicklung und Weiterbildung zu erleben. Kommunikationskompetenz kann erworben oder verbessert werden. Neue kreative und zeitsparende Methoden sollen gemeinsame Entscheidungsfindungsprozesse erleichtern und die Nachhaltigkeit von Beschlüssen sichern. Das Segment „Zertifizierte Trainerausbildungen“ erlaubt den Auf- und Ausbau eines Netzwerkes von erfahrenen Trainern und schützt Angebote und Produkte der Akademie. Die „Wissenschaftliche Beratung“ schließlich umfasst Gutachten, neue pädagogische Konzeptionen und Evaluationsangebote für den Bildungsbereich. Die „Akademie Führung & Kompetenz“ wird von Susanne Ulrich geleitet. Florian Wenzel und ein großer Pool von freien Trainern unterstützen mit ihrer Arbeit den Aufbau dieser Neugründung. Kontakt: Anne Krepkowski, Tel. 089 – 2180 1321.

Berliner Reflexionsrunde zur Lage Europas

Ein internationales Treffen von Europaexperten und jungen Führungskräften aus dem Berliner Politik-, Wirtschafts- und Medienumfeld hat vergangenen November in der neu eröffneten Bertelsmann Repräsentanz „Unter den Linden 1“ stattgefunden. Ziel der Reflexionsrunde war ein offener Austausch zur Lage Europas im Vorfeld der Verabschiedung der EU-Verfassung. Nach einer Einführung durch C•A•P-Direktor und Präsidiumsmitglied der Bertelsmann Stiftung, Professor Werner Weidenfeld, umriss der Leiter der Europaabteilung im Bundeskanzleramt, Reinhard Silberberg, die vier zentralen Herausforderungen, vor denen das große Europa steht. An erster Stelle nannte er die offenen institutionellen Fragen der EU-Verfassung. Bei der Frage der Abstimmungsregeln im Ministerrat stellte Silberberg klar, kein deutscher Bundeskanzler könne aus der Regierungskonferenz ein Verhandlungspaket nach Hause bringen, das die im Verfassungsentwurf des Konvents vorgeschlagene doppelte Mehrheit nicht enthalte. Als weitere Kernherausforderungen nannte Silberberg die



Das Berliner Haus der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann AG. Das Anfang November eröffnete Gebäude „Unter den Linden 1“ ist eine originalgetreue Rekonstruktion der ehemaligen Stadtkommandantur. Foto: Bertelsmann

Verarbeitung der EU-Erweiterung sowie den Türkei-Beitritt, den zügigen Ausbau der Europäischen Sicherheitspolitik und die Finanzreform des großen Europa. Der stellvertretende C•A•P-Direktor Josef Janning ergänzte diese Agenda: In der erweiterten EU müsse verstärkt über eine Nutzung des Instruments der differenzierten Integration nachgedacht werden.

Moderater Islamismus als Chance für die Demokratisierung der arabischen Welt?

Die westliche Welt mag zwar versuchen, Demokratie im Nahen Osten zu fördern. Umstritten bleibt aber, welche Bevölkerungsgruppen der Region überhaupt ein Interesse an der Transformation ihrer Gesellschaften haben. Auf dem Kolloquium „The Arab World in the 21st Century: The Challenge of Political and Economic Transformation“ versuchten 30 Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Journalismus herauszufinden, welche Gruppen der islamischen Welt am demokratiefähigsten sind.

Mohammed Rabie vom International Institute for Ethnic Group Rights and Regionalism in Bethesda in Maryland stellte fest, dass eine politische Transformation der Region nur unter der Führung nationaler Eliten und nicht durch religiös inspirierte politische Gruppen zu erreichen sei. Voraussetzung seien außerdem wirtschaftliche Entwicklung und ein Auftauchen aus der kulturellen Bedeutungslosigkeit, in die die arabische Welt verfallen sei. Amr Hamzawy von der Freien Universität Berlin widersprach: Staatliche Akteure in der arabischen Welt seien trotz moderater Liberalisierungstendenzen wie beispielsweise in Marokko und Bahrain nicht zu einer demokratischen Transformation bereit. Er machte vielmehr gemäßigte islamische Gruppierungen als die einzigen gesellschaftlichen Akteure aus, die das Potenzial für demokratische Reformen besäßen. Generell kritisierte er das Fehlen von Diskussionen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der panarabischen Öffentlichkeit. Das Kolloquium fand im Januar in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Generalkonsulat im C·A·P statt.



Nur gemäßigte islamische Gruppierungen besitzen das Potenzial für demokratische Reformen – staatliche Akteure nicht: Amr Hamzawy von der FU Berlin.

Euromagnetische Anziehungskraft auf den Nahen Osten

Die Demokratie ist im Nahen Osten nach wie vor nicht fest verankert. So stand die friedliche Demokratieförderung in dieser Region im Mittelpunkt des Treffens des europäisch-israelischen Netzwerks im Kibbutz „Ein Gedi“ unweit des Toten Meeres. Politiker, Wissenschaftler und Publizisten aus sieben Nationen diskutierten, welche Rolle die künftige Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union spielen wird. Die EU als Wertegemeinschaft, nicht als bloßer geografischer Zusammenschluss, habe eine hohe „euromagnetische Anziehungskraft“ auf die Region, so ein Brüsseler Diplomat. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft kann dabei der Schlüssel zu demokratischen Reformen sein, wie das Beispiel der Türkei hoffen lässt. Ob die EU erfolgreiche Konzepte für eine nachhaltige Kooperation mit dem Nahen Osten hat, blieb umstritten. Die europäisch-israelischen Beziehungen sind derzeit in keiner guten Verfassung. Die letzte Umfrage des statistischen Dienstes Eurobarometer der EU hat gezeigt, dass 59 Prozent der EU-Bürger glauben, Israel stelle eine Bedrohung für den Weltfrieden dar. Die israelischen Teilnehmer des Treffens beschrieben die Beziehungen als auf dem tiefsten Punkt seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948. Schon aus diesem Grund sei es notwendig, europäisch-israelische Kontakte und Gespräche verstärkt zu suchen. Das Treffen im Dezember wurde wie alle jährlichen Zusammenkünfte des Netzwerks vom C·A·P, der Bertelsmann Stiftung und dem Institute for European Studies an der Hebräischen Universität durchgeführt. Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2003/2003_12_israel.htm.



Die Teilnehmer des europäisch-israelischen Netzwerks in Massada unweit des Toten Meeres.

Deutsch-tschechische Gemeinsamkeiten

Spannungen in den gegenwärtigen deutsch-tschechischen Nachbarschaftsbeziehungen diskutieren Publizisten und Wissenschaftler häufig. Die Suche nach Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Interessen tritt dagegen oftmals in den Hintergrund. Genau diesem Defizit widmete die Forschungsgruppe Deutschland des C·A·P mit Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds vergangenen Oktober eine Tagung im Prager Goethe-Institut. Durch das Aufspüren und Benennen von grenzüberschreitenden Gemeinsamkeiten in Sprache, Wirtschaft, Politik und Religion sollten die Teilnehmer der interdisziplinären Veranstaltung aus Deutschland und Tschechien Anknüpfungspunkte für eine vorurteilsüberwindende und zukunftsorientierte Verständigung aufdecken.



Suche nach deutsch-tschechischen Gemeinsamkeiten: Die Regensburger Psychologin Julia Bürger und Professor Ivan Novy von der Wirtschaftsuniversität Prag.

Das Fazit, das die rund 50 Teilnehmer im Anschluss an das Impulsreferat von Michael Weigl und an die Vorträge namhafter Referenten wie Professor Ivan Novy von der Wirtschaftsuniversität Prag oder Professor Steffen Höhne von der Weimarer Hochschule für Musik zogen, fiel ambivalent aus. Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Tschechen gibt es durchaus, darin waren sich die Diskutanten einig. Das in der tschechischen und der deutschen Identität fest verankerte Selbstverständnis als europäische Nation ist nicht nur historisch fundiert, sondern sorgt auch in der Gegenwart für ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, das sich in verschiedensten Bereichen normativ entfaltet. Zugleich aber wurde deutlich, dass diese einigende Fassade zahlreiche kulturelle Unterschiede verbirgt, die durch den Verständigungsprozess seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht ignoriert oder gar bekämpft werden können. Vielmehr sind diese Unterschiede als natürliche und bereichernde Vielfalt der Nachbarschaftsbeziehungen zu verstehen, die den Pool der Gemeinsamkeiten nicht in Frage stellen, sondern ihn ergänzen. Das Impulsreferat ist abrufbar unter www.cap.uni-muenchen.de/identitaet/downloads/Impulsreferat_Prag.pdf.

Neuer Auftritt „Grenzregionale Identitäten“

In einem neuen Design präsentieren sich die Seiten des Forschungsprojektes „Historische Prägestempel in grenzregionalen Identitäten“ auf der Homepage des C·A·P unter www.cap.uni-muenchen.de/identitaet/index.htm. Dem User stehen hier verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um sich ausführlich über das von der VolkswagenStiftung geförderte Forschungsvorhaben der Forschungsgruppe Deutschland zur direkten Nachbarschaft von Deutschen und Tschechen zu informieren. Unter dem Stichwort „Projekt“ finden sich detaillierte Informationen zur inhaltlichen und methodischen Ausrichtung des Projekts – auch in tschechischer Sprache. Regelmäßig um die neuesten Zwischenergebnisse aktualisiert, gewährt diese Rubrik Einblicke in die laufende Forschungsarbeit und regt zu Diskussionen über den Forschungsgegenstand an. Alle im Projektzusammenhang erarbeiteten Ergebnisse und Thesenpapiere werden zugleich als Download angeboten, ebenso wie weiterführende Texte. Auch über den Projektkontext hinausweisenden „Analysen und Meinungen“ ist eine eigene, künftig zu ergänzende Rubrik des neuen Internetauftritts gewidmet. Unter dem Stichwort „Kontakt“ verbergen sich schließlich nicht nur die Kontaktadressen der Projektteams in München und Ústí nad Labem sowie der einzelnen Mitarbeiter, sondern auch deren Biographien mit weiterführenden Links.

Deutsch-Spanische Perspektiven

Auf der Grundlage eines Impulspapiers des C·A·P haben die Teilnehmer des hochrangigen deutsch-spanischen Forums aktuelle politische Themen besprochen. Im Zentrum der zweitägigen Gespräche standen die Zukunft Europas, die Sicherheitspolitik und Probleme, die durch Abwanderung qualifizierter Fachkräfte entstehen. Das Treffen fand im Oktober 2003 im Bundeskanzleramt in Berlin statt. Das Papier „Die Zukunft Europas gestalten - Deutschland und Spanien in der erweiterten Europäischen Union“ steht im Internet zum Download unter www.cap.uni-muenchen.de/download/2003/2003_DieZukunftEuropas.pdf.



Zusammentreffen am Rande des zweiten deutsch-spanischen Forums: Josef Janning, stellvertretender Direktor des C·A·P und Mitglied der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung, Professor Werner Weidenfeld, Direktor des C·A·P und Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Professor Heribert Meffert, Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Dr. Günther Nonnenmacher, Mitherausgeber der FAZ, Dieter Jepsen-Föge, Chefredakteur des DeutschlandRadio Berlin (v.l.n.r.).

C·A·P-Direktor **Professor Werner Weidenfeld** ist in den Exekutivausschuss der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gewählt worden. Die DGAP gilt als renommierter Zusammenschluss aller Außenpolitiker und außenpolitischen Experten in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf Einladung des marokkanischen Königshauses ist C·A·P-Direktor **Professor Werner Weidenfeld** zu Gesprächen mit dem ersten politischen Berater des Königs, André Azoulay, dem marokkanischen Außenminister Mohamed Benaissa und dem saudi-arabischen Kulturminister Khaled Al Ankari zusammengetroffen. Anlass der Begegnung war das erste Treffen des Board of Trustees der marokkanischen Elite-Universität Al Akhawayn University in Ifrane. Ende 2003 hatte König Mohammed VI. Professor Weidenfeld in das Kuratorium berufen.

Der ehemalige Leiter der Forschungsgruppe Deutschland und C·A·P-Fellow **Professor Karl-Rudolf Korte** hat im November 2003 seine Antrittsvorlesung als Professor der Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen gehalten.

Die **Forschungsgruppe Deutschland** beteiligt sich mit drei Beiträgen an einem Buchprojekt des „Comité d'étude des relations franco-allemandes“ und des „Institut français des relations internationales“ zur deutschen politischen Kultur.

Wolfgang Bücherl, ehemaliger Leiter des Transatlantik-Projektes „Improving Responsiveness“ ist zur Europäischen Kommission nach Brüssel gewechselt. Seine Arbeit führt **Sebastian Brökelman** fort.

Stefan Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa, ist in das Kuratorium der Georg-von-Vollmar-Akademie berufen worden.

Andreas Kießling, Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland, und **Stefan Rappenglück** haben ihre Promotionen an den Universitäten in München und Eichstätt abgeschlossen.

Der ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiter im Bereich Transatlantische Beziehungen **Dr. Felix Lutz** leitet seit August das neu eingerichtete Geschäftsfeld Trend- und Markenforschung bei Roland Berger Market Research.

Britischer Botschafter zu Gast

Seit Mai 2003 ist Sir Peter TORY britischer Botschafter in Deutschland. Bei einem Besuch des C·A·P besprach er unter anderem aktuelle Fragen der deutschen Innen- und Europapolitik.



Der britische Botschafter Sir Peter Tory (rechts) neben C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld bei seinem Besuch in der Faber Villa.



WERNER WEIDENFELD / WOLFGANG WESSELS (HRSG.):
Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003.
 Bonn 2003, ISBN 3-7713-0619-1,
 572 Seiten, 45,50 Euro

Jahrbuch der Europäischen Integration

Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist so eine einmalige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte, die dieser Band fortschreibt.

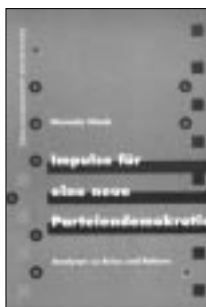
Den Berichtszeitraum des vorliegenden Bandes kennzeichnen vor allem zwei Ereignisse von historischer Tragweite: In Kopenhagen wurden im Dezember 2002 die Beitrittsverhandlungen mit zehn neuen Mitgliedstaaten abgeschlossen, so dass im April 2003 die Beitrittsverträge für die größte Erweiterung der Europäischen Union unterzeichnet werden konnten. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern sollen im Mai diesen Jahres beitreten. Wie keine der früheren Erweiterungsrounden wird diese die Union qualitativ verändern. Zweiter Höhepunkt war der vom Europäischen Konvent im Juli vorgelegte Verfassungsentwurf. Im Konvent wurde einiges erreicht, was vor Jahresfrist noch unmöglich schien. Wie sich der Weg in die nächste Reformrunde gestaltet, nachdem die Regierungskonferenz sich auf keine Verfassung einigen konnte, ist momentan fraglich.



WERNER WEIDENFELD (HRSG.):
Herausforderung Terrorismus. Die Zukunft der Sicherheit.
 Wiesbaden 2004, ISBN 3-531-14171-6, 248 Seiten, 26,90 Euro

Herausforderung Terrorismus

Die Anschläge des 11. September 2001 in New York und der globale Terrorismus haben unseren engen Begriff von Sicherheit und die bisherige Sicherheitspolitik in Frage gestellt. Es wird deutlich, dass die klassische Trennung von äußerer und innerer Sicherheit nicht länger Bestand hat und nur eine umfassende Sicherheitsstruktur die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen bewältigen kann. Auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitsverständnisses zeigt dieses Buch Auswege aus dem Ausgeliefertsein gegenüber dem neuen Terrorismus und entwickelt die Eckpfeiler einer neuen Sicherheitsarchitektur. Die Beiträge befassen sich zum einen mit älteren und jüngeren Formen des Terrorismus in Deutschland, den Ursachen des internationalen Terrorismus und dem möglichen Täterspektrum aus soziologischer Perspektive. Der zweite Teil des Bands widmet sich den neuen Herausforderungen, vor denen NATO, EU, die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr stehen. Dabei soll auch die Frage beantwortet werden, wie sich offene und hoch technologisierte Gesellschaften schützen lassen. Schließlich soll skizziert werden, wie sich innere und äußere Sicherheit idealtypisch vernetzen lassen.



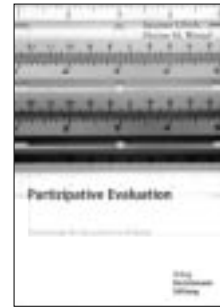
MANUELA GLAAB (HRSG.):
Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform.
 München 2003, ISBN 3-933456-23-1, 278 Seiten, 15,50 Euro

Impulse für eine neue Parteiendemokratie

Parteien sind der Motor unseres Regierungssystems. Die Parteienforschung hat jedoch in den letzten Jahren eine Häufung von Krisensymptomen im Partiensystem festgestellt. Wie zukunftsfähig ist die Parteiendemokratie? Welche Innovationskraft besitzen Parteien? Elf Beiträge, verfasst von namhaften Autoren wie auch von Nachwuchswissenschaftlern, analysieren Krisensymptome und Reformperspektiven der deutschen Parteiendemokratie. Mitgliederschwund und Überalterung, Bürgerferne und Vertrauensverlust sind sichtbare Zeichen der Krise. Zugleich müssen sich die traditionellen Parteiorganisationen auf wachsende Konkurrenz neuer Politikanbieter und neuartige Beteiligungsformen einstellen. Die Analysen verdichten sich zu dem Befund: Ein Neuanfang ist dringend nötig, wenn die Parteien ihre Mittlerfunktion zwischen Gesellschaft und Staat behalten wollen. Der 15. Band der Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland hält Reformoptionen und Strategie-Empfehlungen hierfür bereit.

Partizipative Evaluation

Evaluation von politischer Bildung erhebt den hohen Anspruch, nachzuweisen, welchen Wert und welche Wirkung pädagogische Interventionen und Projekte haben. Die partizipative Evaluation schlägt für Bildungskontexte ein Vorgehen vor, das die Perspektiven aller Beteiligten und Betroffener integriert und so dem Untersuchungsfeld gerecht wird. Durch das demokratische Aushandeln von unterschiedlichen Sichtweisen kann man per Evaluation vertieft politische Bildung reflektieren und begreifen. So verstanden verunsichert oder bedroht Evaluation nicht, sondern trägt zum Erfolg von politischer Bildung bei. Die Autoren bündeln in dieser Publikation ihre konzeptuellen Forschungsergebnisse, die durch die Begleitung einer dreijährigen Wirkungsevaluation des C•A•P-Projektes „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ (www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/toleranz.htm) unterstützt werden. „Demokratie und Toleranz“ bietet Workshops zur Evaluation im Bildungsbereich an und begleitet und berät bei konkreten Evaluationsvorhaben. Der Band ist kostenlos erhältlich unter www.bertelsmannstiftung.de.



SUSANNE ULRICH / FLORIAN WENZEL:
Partizipative Evaluation. Ein Konzept für die politische Bildung.
 Gütersloh 2003, ISBN 3-89204-751-0, 56 Seiten, kostenlos

Ohne Jugend keine Zukunft

Die Alterung unserer Gesellschaft stellt nicht nur das Rentensystem in Frage, sie bedroht auch die Bereitschaft, sich für andere Generationen und vermittelnd zwischen den Generationen zu engagieren. Wie diese Bereitschaft gefördert werden kann, erörterte die deutsch-niederländische Tagung für Fachkräfte der Jugendhilfe „Jugendpartizipation heißt Verantwortung übernehmen – über Generationengrenzen hinweg“. Ziel der Tagung war der Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen Verantwortlichen der Jugendarbeit aus Deutschland und den Niederlanden. Im Mittelpunkt stand dabei die Initiierung eines konstruktiven Dialogs zwischen Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Bildungspraxis. Der vorliegende Band greift die wichtigsten inhaltlichen Aspekte der Fachdiskussionen auf und benennt die Herausforderungen und Probleme, die im Spannungsfeld von Jugendpartizipation und Generationendialog entscheidend sind. Anhand von ausgewählten Projektbeispielen geben die Arbeitspapiere außerdem einen Einblick in die Praxis von Partizipationsmodellen in Deutschland und den Niederlanden. Der Reader ist auch in niederländischer Sprache erhältlich.



EVA FELDMANN (HRSG.):
Ohne Jugend keine Zukunft. Reader zur deutsch-niederländischen Fachtagung zum Thema „Jugendpartizipation und Generationendialog“.
 München 2003, ISBN 3-933456-25-8, 115 Seiten, 12,50 Euro

Entliehene Erinnerung

Seit 1945 hat ein stetiger Zustrom von Migranten – „Gastarbeitern“, Bürgerkriegsflüchtlingen, Asylsuchenden, Spätaussiedlern – zur Heterogenität unserer Gesellschaft beigetragen. Acht Millionen Menschen nicht-deutscher Herkunft leben derzeit bei uns – viele von ihnen in der zweiten oder dritten Generation. Wie wirkt sich die veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft auf Geschichtsbilder und Geschichtsbewusstsein aus? Die Autorin untersucht, welche Bedeutung Nationalsozialismus und Holocaust für junge Migranten haben. Kann sich eine überwiegend ethnisch-national definierte deutsche Erinnerungsgemeinschaft überhaupt erweitern? Kann man andererseits von Einwanderern erwarten, dass sie das negative Erbe des Aufnahmelandes annehmen? Anhand detaillierter Interviews mit Jugendlichen aus Einwandererfamilien untersucht der Band deren Geschichtsbezüge. Anschaulich wird dargelegt, welche unterschiedlichen historischen Orientierungsmuster sich herausbilden und wie die jungen Migranten sich selbst positionieren und Zugehörigkeiten konstruieren. Daraus entwickelt sich auf der Grundlage relevanter wissenschaftlicher Arbeiten eine Typologie der Aneignung von NS-Geschichte und Holocaust.



VIOLA GEORGI:
Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland.
 Hamburg 2003, ISBN 3-930908-89-1, 344 Seiten, 30 Euro

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P lädt zum Pilotprojekt „AHEAD – Forward Thinking Network of Young Europeans“ ein. Das Projekt richtet sich sowohl an junge Multiplikatoren als auch an interessierte Jugendliche. In einem Workshop, der vom **24. - 28. April** in Vlotho stattfindet, werden die Teilnehmer zunächst mit Inhalten und Methoden europabezogener Bildungsarbeit sowie Grundlagen des Projektmanagements vertraut gemacht. Daran anknüpfend führen sie in kleinen Teams und mit einem eigenen Budget ausgestattet Zukunftswerkshops mit Jugendlichen zu selbst erarbeiteten Fragestellungen durch. Bei einem Evaluierungstreffen vom **31. Mai - 2. Juni** in Bonn werden die gemachten Erfahrungen reflektiert. Junge Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren aus Deutschland, Polen, Tschechien und Österreich können sich bewerben. Weitere Informationen bei Sascha Meinert, Forschungsgruppe Jugend und Europa, Tel.: 089 – 2180 5931, E-mail: meinert@fgje.de.

C·A·PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom
 Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
 Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
 Maria-Theresia-Straße 21
 81675 München
 Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
 E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap.uni-muenchen.de
 V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
 Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell,
 Andre Tauber
 Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
 Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell, Andre
 Tauber
 Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,
 80798 München

Uneuropäische Europawahlen

von *Andreas Kießling*

Der dramatische Einbruch bei der Wahlbeteiligung sollte ein Menetekel darstellen: Europaweit gingen 1999 nicht einmal mehr die Hälfte der Wahlberechtigten zur Europawahl. Besonders signifikant war der Rückgang in Deutschland von sechzig auf 45 Prozent. In diesem Jahr können die EU-Bürger zum sechsten Mal ihr Parlament wählen, und wieder wird ihnen schwer zu vermitteln sein, warum es wichtig ist, am 13. Juni 2004 ihre Stimme abzugeben. Was kennzeichnet Europawahlkämpfe? Welche Reformen wären zur Stärkung der Legitimation der EU von Nöten?

Das Hauptcharakteristikum der Europawahlen in Deutschland ist, dass sie zu nationalen „Denkzettelwahlen“ geraten. Die Parteien erwarten von ihnen entweder eine Bestätigung des Regierungskurses oder ein ablehnendes „Signal für Berlin“. Viele Menschen sehen sie als Nebenwahlen, bei denen Protest scheinbar gefahrlos artikuliert werden kann. 1989 spülte diese Konstellation die Republikaner nach Straßburg. 1999 entlud sich der Unmut gegenüber den Anfängerfehlern der rot-grünen Koalition in einem erdrutschartigen Sieg der Union. Europapolitischen Themen kam keinerlei Bedeutung zu. An diesem Befund wird sich 2004 wohl nichts ändern: Die Fragen nach den Konsequenzen aus dem gescheiterten Verfassungsgipfel von Brüssel, nach den Grenzen der EU, nach der künftigen Finanzierung oder nach der Abgrenzung von Kompetenzen werden im Wahlkampf nicht die Hauptrolle spielen. Im Juni wird eine Abstimmung über die nationale Politik der Regierung inszeniert werden.

In erster Linie dafür verantwortlich ist die immer noch intransparente Machtstellung des Europäischen Parlaments (EP). Obwohl es sich in vielen Bereichen bereits zur tatsächlichen zweiten Kammer neben dem Ministerrat entwickelt hat, bleibt die Legitimationskette „Europawahl – EP – europäische Entscheidungen“ weiterhin unklar. Die im Konvent zunächst diskutierte Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament, der dann durch den Europäischen Rat bestätigt würde, hätte hier Abhilfe schaffen können. Den Parteien hätte sich damit die Möglichkeit eröffnet, die Europawahl zum Plebiszit für die Bestellung eines europäischen Spitzenamtes zuzuspitzen. Personalisierung und Dramatisierung sind Kernelemente eines modernen, medienzentrierten Wahlkampfes. Der Verfassungsentwurf blieb aber durch die Umkehrung des Verfahrens – Vorschlag durch den Europäischen Rat, danach Bestätigung durch das EP – hinter dieser mutigen Reform zurück. Mit dem Scheitern des Brüsseler Gipfels wird nicht einmal dieser Minimalfortschritt realisiert. Zudem fehlt es an einem europäischen Parteiensystem. Trotz aller Kritik, trotz ihrer Probleme und ihres Ansehensverlustes: Parteien sind auf nationaler Ebene zentraler Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und staatlichen Entscheidungsprozessen. Eine wichtige Grundlage dafür ist mit dem europäischen Parteienstatut vom Juni 2003 zwar endlich geschaffen worden. Es definiert inhaltliche und formelle Voraussetzungen für die Anerkennung als Partei und regelt deren Finanzierung. Um die europäischen Parteien aber auch ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, wäre der Vorschlag aufzugreifen, einen Teil der EP-Abgeordneten über europäische Listen zu wählen.

Keine Institution steht so sehr wie das Europäische Parlament für die Legitimation der EU als Union der Völker. Gelingt es nicht, durch eine Europäisierung der Europawahlen die Beteiligung wieder zu steigern, könnte die Gemeinschaft endgültig ihre Bürger verlieren.

Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P.